

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 16. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016**

**am Donnerstag, den 21.03.2013.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr                      Sitzungsende: 21:30 Uhr**

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Elisabeth Wege

**SPD-Fraktion**

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider, Reinhard Ahrens, Frank Nowak

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

**Entschuldigt:**

**Von der FDP-Fraktion**

Christian Fischer

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Stefan Bug (I. Beigeordneter), Reinhard Karber, Andreas Tauche, Helmut Wenz, Reiner Sauer, Thomas Nuhn

**Entschuldigt:**

Frank Dieffenbach, Alexander Steiß und Helge Fuhr

**Schriftführerin:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**

3. **Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Umstellung von Innen- und Hallenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente**  
41/43/2012/11-16
4. **Teilregionalplan Energie Mittelhessen;**  
**hier: Stellungnahme der Gemeinde**  
60/15/2012/11-16
- 4.1. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013 bezüglich der Festsetzungen im Teilregionalplan Energie Mittelhessen**  
11/39/2012/11-16
5. **Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Einführung eines elektronischen Versandweges hinsichtlich des die Gemeindevertretung betreffenden Schriftverkehrs**  
11/36/2012/11-16
6. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013, einen ausführlichen Bericht über den Stand und die Planungen bezüglich des Dorferneuerungsprojektes Allna vorzulegen**  
11/38/2012/11-16
7. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.03.2013 betreffend der Dorferneuerung Weimar**  
41/45/2012/11-16
8. **Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bbauungsplanes für den Ortsteil Niederweimar; hier: Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern**  
41/44/2012/11-16
9. **Neufassung der Entwässerungssatzung**  
11/42/2012/11-16
10. **Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2013 zu einer Resolution für den Erhalt des Produktionsstandortes der Fa. Pauly GmbH & Co. KG im Gewerbegebiet Wenkbach**  
10/20/2012/11-16
11. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.03.2013 betreffend: "Region Marburger Land" zukunftsfähig machen**  
60/14/2012/11-16
12. **Anfragen**
- 12.1. **Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.01.2013 bezüglich Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente und der Stellungnahme von Bürgermeister Eidam in der 8. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012**  
60/9/2012/11-16
- 12.2. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.03.2013 zum Stand der Erstellung eines gemeindlichen Wärmekatasters**  
60/13/2012/11-16
13. **Verschiedenes**

**Inhalt der Verhandlungen:****1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 21 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

**2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters:****1. Bericht aus-GVO-Sitzung vom 14.03.2013:**

- a) Beschluss über die Änderungen im § 2 der Richtlinien zur Auszeichnung von Sportlern und ehrenamtlich Tätigen in der Gemeinde Weimar (Lahn).
  - b) Beschluss über die Ausbildungskooperation zwischen den Gemeinden Fronhausen, Lohra und Weimar (Lahn) zum Erwerb der Fahrberechtigung im vereinfachten Verfahren für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren nach der vorgelegten Konzeption.
2. Die angeforderte Aufstellung über den Zustand der Gemeindestraßen sei in Bearbeitung, so der Bürgermeister. Er gehe davon aus, dass sie bis zur nächsten Sitzung komplett erstellt sei.
  3. Der angekündigte Energie-Workshop mit Herrn Franke solle voraussichtlich am 29.04.2013 stattfinden. Ca. 20 Personen sollten an dem Workshop teilnehmen, so dass 4 Gruppen á 4 bis 5 Personen gebildet werden können. Daran teilnehmen sollten alle Mitglieder des Ausschusses, 2 Mitglieder aus jeder Fraktion, 2 Personen aus der Verwaltung und 4 Personen aus der Bevölkerung.

**3. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Umstellung von Innen- und Hallenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente**

Drucksache: 41/43/2012/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, berichtete, dass der Antrag, da er in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung nicht mehr behandelt werden konnte, direkt an die Ausschüsse überwiesen wurde, da bei entsprechender Beschlussfassung eine Antragsfrist zu beachten sei.

Es berichtete der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Matthias Happel, dass der Gemeindevorstand beauftragt werden soll, eine Umstellung der Innen- und Hallenbeleuchtung der gemeindlichen Liegenschaften auf alternative Leuchtelemente zu prüfen und auf Wirtschaftlichkeit zu bewerten.

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller, erklärte ergänzend, dass Bürgermeister Eidam im Ausschuss berichtet habe, dass mit der Gemeinde Cölbe vereinbart wurde, entsprechende Möglichkeiten einer gemeinsamen Beantragung zu prüfen und die Gemeinde

Cölbe grundsätzlich dazu bereit sei, da die vorgesehenen Maßnahmen in den Kindergärten Oberweimar und Roth die Mindestinvestitionssumme voraussichtlich nicht erreichen werde. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss gebe im Wortlaut den gleichen Beschlussvorschlag an die Gemeindevertretung.

Bürgermeister Peter Eidam erklärte, dass mit der Gemeinde Cölbe lediglich eine Absichtserklärung vereinbart bzw. besprochen wurde. Inzwischen sei mit einer Investitionssumme von ca. 16.000,- € zu rechnen, so dass die Gemeinde alleine den Förderantrag stellen könne. Mit der Gemeinde Cölbe solle jedoch diesbezüglich noch mal ein Gespräch geführt werden.

**Beschluss:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Umstellung der Innen- und Hallenbeleuchtung der gemeindlichen Liegenschaften auf alternative Leuchtelemente zu prüfen und auf Wirtschaftlichkeit zu bewerten.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**4. Teilregionalplan Energie Mittelhessen;  
hier: Stellungnahme der Gemeinde**

Drucksache: 60/15/2012/11-16

Auch hier berichtete der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Happel. Der Teilregionalplan sei eingehend beraten und eine geringfügige Änderung bezüglich der Windgeschwindigkeit vorgenommen worden. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung der Gemeindevertretung vom 14.02.2013 sei inhaltlich mit beraten und die Vorschläge eingearbeitet worden, so dass eine weitere Beschließung über diesen Antrag nicht notwendig werde.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, dass nach Einarbeitung eingegangener Stellungnahmen die Stellungnahme dem RP-Gießen vorgelegt wird.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**4.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013 bezüglich der Festsetzungen im Teilregionalplan Energie Mittelhessen**

Drucksache: 11/39/2012/11-16

Dieser Tagesordnungspunkt wurde mit TOP 4 erledigt

**5. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Einführung eines elektronischen Versandweges hinsichtlich des die Gemeindevertretung betreffenden Schriftverkehrs**

Drucksache: 11/36/2012/11-16

Herr Rabenau (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen, die Gemeindeverwaltung zu beauftragen, künftig sämtlichen, die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter betreffenden Schriftverkehr, insbesondere die Sitzungsunterlagen für die Gemeindevertretung und die

Ausschüsse, grundsätzlich in elektronischer Form zu versenden.

Gemeindevertreter, die nach wie vor den herkömmlichen Versandweg wünschen, sollten dies durch persönliche Erklärung dokumentieren.

Zur Begründung führte Herr Rabenau aus, dass die Porto- und Versandkosten im gemeindlichen Haushalt auch nach der Verkleinerung des Gemeindeparlamentes einen hohen Kostenfaktor darstellen. So seien im Haushalt 2012 insgesamt 11.250,- € für Porto- und Versandkosten zum Ansatz gebracht worden, von denen der Schriftverkehr mit den Mitgliedern der Gemeindevertretung einen maßgeblichen Anteil habe. Der Versand der Sitzungsprotokolle erfolge bereits auf elektronischem Wege und finde in dieser Form Akzeptanz bei den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern.

Angesichts der heutigen Kommunikationswege, aber auch aus Gründen des Umweltschutzes halte man diese Umstellung für einen richtigen und wichtigen Schritt. Gleichwohl soll es den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern auch künftig möglich sein, die Sitzungsunterlagen auf herkömmlichem Weg zu erhalten. Dies solle jedoch im Rahmen einer Ausnahmeregelung durch eine persönliche Erklärung in Form eines zu erstellenden Antragsformulars erfolgen. Sollten im Zusammenhang mit der Umstellung satzungsrechtliche Änderungen erforderlich sein, werde gebeten, dies durch die Gemeindeverwaltung zu prüfen und erforderlichenfalls eine Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung herbeizuführen.

Herr Happel (CDU) und Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen), äußerten Bedenken hinsichtlich eventueller nicht vorhandener technischer Ausstattung bei den Empfängern und dass das Ausdrucken von Plänen evtl. Probleme bereiten könne.

Herr Laucht (FBW) bat zu prüfen, ob nicht ein Onlinesystem eingeführt werden könne, so wie es bereits der Kreis nutze. Er halte dies für zukunftsfähiger.

Hierauf erwiderte Bürgermeister Eidam, dass diese Thematik derzeit im Arbeitskreis der Bürgermeister besprochen werde.

Herr Dr. Dittrich schlug vor, den Antrag evtl. umzuformulieren und den umgekehrten Weg zu gehen, so dass den Personen, die eine elektronische Übermittlung wünschen, die Unterlagen auf diesem Weg bekämen.

Da es weiteren Informations- und Beratungsbedarf gab, beantragte Herr Laucht (FBW), den Antrag zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Antrag zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## **6. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013, einen ausführlichen Bericht über den Stand und die Planungen bezüglich des Dorferneuerungsprojektes Allna vorzulegen**

Drucksache: 11/38/2012/11-16

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag ihrer Fraktion vor: Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand gibt in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung einen ausführlichen Bericht über den Stand und die Planung bezüglich des Dorferneuerungsprojektes Allna.

Dieser Bericht solle enthalten:

1. Die bereits durchgeführten Maßnahmen und die dafür eingesetzten Mittel sowie die erstatteten Zuschüsse;
2. die für 2013 geplanten Maßnahmen;
3. die bis zum Ende der Förderperiode geplanten Maßnahmen mit den entsprechenden Kostenschätzungen und Zuschusserwartungen;
4. einen Vergleich der jetzt geplanten Maßnahmen mit den Planungen zu Projektbeginn mit Begründung für eventuelle Änderungen;
5. einen Gesamtfinanzierungsrahmen für die noch geplanten Projekte der Dorferneuerung

Zur Begründung führte Frau Schneider aus, dass für 2016 der OT Allna in der Dorferneuerung sei. Während in den ersten Jahren einige Projekte (Kriegerdenkmal, Friedhofsweg) angegangen wurden, schein es seit mehr als 2 Jahren ein Stillstand zu geben. Die Förderperiode laufe bis Ende 2015 und es wäre wichtig, in der Gemeindevertretung einen Sachstandsbericht über die vergangenen 6 Jahre abzugeben und die Planungen bis zum Projektende dem Parlament vorzustellen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeindevorstand gibt in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung einen ausführlichen Bericht über den Stand und die Planungen bezüglich des Dorferneuerungsprojektes Allna.

Dieser Bericht soll die Beantwortung der obigen Fragen 1 bis 5 enthalten.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

#### **7. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.03.2013 betreffend der Dorferneuerung Weimar**

Drucksache: 41/45/2012/11-16

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag ihrer Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen für die Bewerbung um die Aufnahme Weimars in das Dorferneuerungsprogramm 2017 zu treffen und die Gemeindevertretung über den Stand der Vorbereitungen eines kommunalen Entwicklungskonzeptes mit den damit verbundenen Strukturverbesserungen zu informieren.

Zur Begründung führte Frau Schneider aus, dass der Ortsteil Allna bis 2015 im Förderprogramm der Dorferneuerung sei. Sicher würden auch noch Projekte in 2016 zu Ende geführt werden. Ab 2017 sollte sich Weimar erneut um die finanzielle Unterstützung in der Weiterentwicklung der Gemeinde mit einem kommunalen Entwicklungskonzept bemühen, die zur nachhaltigen Lösung von Problemen in der Lebens- und Versorgungsqualität beitragen. Dies könne durch das Dorferneuerungsprogramm wesentlich erleichtert und unterstützt werden. Die Vorbereitung auf eine Bewerbung sei zeitaufwendig und müsse daher

frühzeitig begonnen werden. Man könne nicht davon ausgehen, dass man in der nächsten Förderperiode berücksichtigt werde.

Weimar stehe in den nächsten Jahren vor neuen Herausforderungen. Dabei genieße das Thema Demographie hohe Aufmerksamkeit. Häufig würden diese zentralen Änderungen (Rückgang und Alterung der Bevölkerung sowie Zunahme von Personen mit Migrationshintergrund) mit einem Paradigmenwechsel in Planung, Politik und Gesellschaft verbunden sein. Denn Schrumpfung sei bisher nicht als Handlungsstrategie gelehrt, da es in der Vergangenheit immer um die Verteilung von Wachstum gegangen sei. Weitere zentrale Themen seien Klima, bzw. Klimawandel, ein anderer Umgang mit Ressourcen (Ziele wie Flächensparen, CO<sub>2</sub>-Reduktion, Energiesparen) und Energieproduktion (erneuerbare Energie und dezentrale Anlagen).

Ziele bzw. Fragestellungen für Weimar und seine Ortsteile:

- Wie lassen sich die insbesondere durch den demographischen Wandel anstehenden Fragen (u.a. Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge und Gestaltung zukunftsfähiger Angebote) sinnvoll und und zukunftsweisend integrieren und bearbeiten?
- Wie kann das „Integrierte kommunale Entwicklungskonzept“ (IKEK) für Weimar sowohl der Gesamtstrategie für Weimar, wie auch Einzelstrategie für die Ortsteile sein?
- Die Ortsteile Weimars starten mit unterschiedlichen Ausgangssituationen in den IKEK-Prozess (u.a. Dorferneuerung abgeschlossen, keine Dorferneuerung, Programm „Unser Dorf“). Wie können sie im Erarbeitungsprozess so zusammengeführt werden, dass gemeinsam an Zielen und Projekten gearbeitet werden kann und eine allgemein anerkannte Basis für das zukünftige Handeln entsteht?
- Welcher inhaltlicher Mehrwert bei der Erarbeitung des integrierten kommunalen Entwicklungskonzeptes ergibt sich für die Ortsteile und wie kann er vermittelt werden?

#### **Beschluss:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen für eine Bewerbung um die Aufnahme Weimars in das Dorferneuerungsprogramm ab 2017 zu treffen und die Gemeindevertretung über den Stand der Vorbereitungen eines kommunalen Entwicklungskonzeptes mit den damit verbundenen Strukturverbesserung zu informieren.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

#### **8. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Niederweimar; hier: Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern**

Drucksache: 41/44/2012/11-16

Es berichtete der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Happel.

Bei den Beratungen habe man festgestellt, dass neben den bereits geklärten Punkten nun weitere Fragen aufgetreten seien, die in der nächsten Sitzung des Ausschusses geklärt werden sollen.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) ergänzte, dass darüber diskutiert wurde, dass es unter Umständen Probleme mit dem nahegelegenen Sportplatz, dem Sportbetrieb, Lärm oder auch Flutlicht und ähnliche Gründe, die zu Klagen führen, geben könne. Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beschlussfassung verlassen.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt

## 9. **Neufassung der Entwässerungssatzung**

Drucksache: 11/42/2012/11-16

Hier berichtete Bürgermeister Eidam, dass der Entwurf der Entwässerungssatzung im Gemeindevorstand beraten und Regelungsnotwendigkeiten in die aktuelle Mustersatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes eingearbeitet wurden.

Dr. Dittrich (CDU) stellte den Antrag auf Überweisung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf zur Neufassung der Entwässerungssatzung zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## 10. **Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2013 zu einer Resolution für den Erhalt des Produktionsstandortes der Fa. Pauly GmbH & Co. KG im Gewerbegebiet Wenkbach**

Drucksache: 10/20/2012/11-16

Herr Stephan Wenz stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die Gemeindevertretung möge wie folgt beschließen:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) erklärt sich mit den Arbeitnehmern der Firma Pauly GmbH & Co. KG am Standort Weimar-Wenkbach solidarisch und fordert die verantwortliche Geschäftsführung der Firma Intersnack Knabber Gebäck GmbH & Co. KG auf, den Produktionsstandort zu erhalten und nachhaltig zu sichern sowie die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen.

Zur Begründung führte er aus:

Die über die Presse bekanntgewordenen Erklärungen der Geschäftsleitung der Fa. Intersnack Knabber Gebäck GmbH & Co. zur Aufgabe des Produktionsstandortes seien angesichts der Geschäftszahlen nicht nachvollziehbar. Die von der Kündigung betroffenen Arbeitnehmer hätten seit mittlerweile nahezu 50 Jahren wesentlich zum Erfolg der Produktmarke beigetragen.

Darüber hinaus hat die Gemeinde Weimar insgesamt rd. 500.000 € zum Erhalt des Standortes und einer vor wenigen Jahren noch beabsichtigten Produktionserweiterung investiert. Die Gemeindevertretung hat mit ihren Beschlüssen stets die Geschäftsleitung und die Arbeitnehmer hinsichtlich eines Ausbaues des Firmenstandortes unterstützt, so dass die unerwartete Entscheidung zur Standortschließung die Gemeinde veranlasse, die Geschäftsleitung aufzufordern, diese Fehlentscheidung rückgängig zu machen.

Die Fa. Intersnack Knabber Gebäck muss Verantwortung für die betroffenen 138 Arbeitnehmer übernehmen, den Fortbestand der Arbeitsplätze in Wenkbach garantieren und nachhaltig sichern. Auch für die Zukunft der Gemeinde und der Region sollte die Firma Intersnack Knabber Gebäck ein verlässlicher und hoch angesehener Arbeitgeber sein.

Es entspannt sich eine Diskussion, in der Herr Kisslinger (CDU) und Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erklärten, dass der Erfolg einer solchen Resolution Wunschtraum bleiben werde. Sicherlich werde die Firma sich nicht aufgrund der Resolution in ihrer Entscheidung beeinflussen lassen. Die Gemeinde könne lediglich mit den Arbeitnehmern durch eine solche Aussage ihre Solidarität bekunden.

Herr Ahrens erkundigte sich weiter, ob der in dem Antrag genannte Betrag von 500.000 € tatsächlich eine Investitionssumme sei, die die Gemeinde geleistet habe.

Bürgermeister Eidam führte einige Positionen auf, die in den vergangenen oder auch etwas länger zurückliegenden Jahren geleistet wurden und bestätigte die Gesamtsumme etwa in dieser Höhe.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren sich insgesamt darüber im Klaren, dass die Resolution keine Auswirkungen auf die Entscheidung haben werde, machte aber ihr Unverständnis über die von der Firmenleitung getroffene Entscheidung zur Schließung des Standortes deutlich.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass er sich in Gesprächen mit der Geschäftsleitung, den Bediensteten und dem Betriebsrat befinde.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) erklärt sich mit den Arbeitnehmern der Fa. Pauly GmbH & Co. KG am Standort Weimar-Wenkbach solidarisch und fordert die verantwortliche Geschäftsführung der Fa. Intersnack Knabber Gebäck GmbH & Co. KG auf, den Produktionsstandort zu erhalten und nachhaltig zu sichern sowie die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen.

**Beratungsergebnis:** 20 Ja-Stimmen 1 Stimmenthaltung

#### **11. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.03.2013 betreffend: "Region Marburger Land" zukunftsfähig machen**

Drucksache: 60/14/2012/11-16

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag ihrer Fraktion vor:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, wenn möglich, mit den Städten und Kommunen der Region „Marburger Land“ ein Regionales Entwicklungskonzept zu erstellen, das inhaltlich und in Bezug auf die formalen Voraussetzungen eine Fortsetzung der Leader-Förderung ermöglicht. Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, auch mit anderen Kommunen Gespräche mit dem Ziel zu führen, die Regionalentwicklung weiter zu fördern.

Zur Begründung führte Frau Schneider aus, dass es nach dem Auslaufen der Förderperiode „Marburger Land“ wenig wahrscheinlich erscheine, dass die Region ein weiteres Regionales Entwicklungskonzept erstellen könne und werde. Darüber hinaus werde die Region „Marburger Land“ der Größe nach nicht mehr die Fördervoraussetzungen erfüllen. Einige Gemeinden hätten bereits eine

Neuorientierung über die Landkreisgrenzen hinweg Richtung Gießen vorgenommen. Diese Region entlang der Lahn zwischen den Oberzentren Marburg und Gießen verspreche nach Meinung ihrer Fraktion eine geeignete Förderregion mit Fluss- und Fahrradtourismus incl. Archäologischem Freilichtmuseum einerseits und attraktivem Wirtschaftsstandort unmittelbar an der B 3 gelegen andererseits, zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur beitragen zu können.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, auch diese Zusammenarbeit zu prüfen und das Ergebnis, evtl. auch ein Zwischenergebnis der Prüfung, der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

Frau Schneider betonte, dass es ihr darum gehe, dass die Möglichkeiten abgeprüft und der Gemeindevertretung hierüber berichtet werde.

### **Beschluss:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, wenn möglich, mit den Städten und Kommunen der Region "Marburger Land" ein regionales Entwicklungskonzept zu erstellen, das inhaltlich und in Bezug auf die formalen Voraussetzungen eine Fortsetzung der Leader-Förderung ermöglicht. Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, auch mit anderen Kommunen Gespräche mit dem Ziel zu führen, die Regionalentwicklung weiter zu fördern.

**Beratungsergebnis:** 20 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

## **12. Anfragen**

### **Schriftliche Anfragen:**

#### **12.1. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.01.2013 bezüglich Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente und der Stellungnahme von Bürgermeister Eidam in der 8. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012**

Drucksache: 60/9/2012/11-16

Herr Hintermeier (SPD) stellte die schriftliche Anfrage seiner Fraktion vor: Gemäß Sitzungsprotokoll habe Bürgermeister Eidam erklärt, dass die Straßenbeleuchtung der Kommune derzeit mit 484 Leuchtstoffröhren und 236 HQL-Lampen bestückt sei. Aufgrund der Energieeffizienzrichtlinie seien HQL-Leuchten bis 2015 auszutauschen.

Er bitte um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sieht die weitere Planung zur Umrüstung der HQL-Leuchten aus?
2. Hat die Gemeinde Weimar (Lahn) einen Antrag auf Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gestellt?
3. Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wurden 25.000,- € für die Erweiterung und Umrüstung der Straßenbeleuchtung eingestellt. Welche Erweiterung soll durchgeführt werden und wie viele Straßenlampen sollen auf LED Technik umgerüstet werden?
4. Wie viele HQL- Leuchten wurden bereits auf LED Technik umgerüstet?
5. Sind noch weitere Straßenlampen der Gemeinde Weimar (Lahn) von der EU-Richtlinie für Ökodesigne (EG 245/2009) betroffen?

Bürgermeister Eidam antwortete darauf wie folgt:

Seine Aussage in der Januar-Sitzung der Gemeindevertretung 2012, dass die Lampen bis 2015 auszutauschen seien, müsse er korrigieren. Ab 2016 seien

keine HQL-Leuchten mehr auf dem Markt. Eine Pflicht zur Umrüstung bis 2015 gebe es nicht.

Richtig sei, dass im Haushalt 2013 25.000,-- € für Erweiterung und Umrüstung der Straßenbeleuchtung eingestellt wurden. In den Kindergärten Oberweimar und Roth sei geplant, die Beleuchtung auf LED-Technik umzustellen. Der finanzielle Aufwand hierfür betrage etwa 15.000,-- €. Ein entsprechender Förderantrag werde gestellt. Das bedeute, dass derzeit noch ein Invest von 10.000,-- € zur Verfügung stehe.

**Zur Frage 1:**

Als erster Schritt ist die energieeffiziente Umrüstung auf Aufsatzleuchten, welche größtenteils mit HQL-Lampen mit 95 W oder zu einem geringeren Anteil mit Natriumdampflampen (84 W) bestückt sind, vorgesehen.

Im Falle eines Defektes sollen keine Leuchtmittel ersetzt, sondern neue LED-Leuchten angeschafft werden. Bei Ausfall einer defekten Aufsatzleuchte solle dann geprüft werden, ob es sich um eine Leuchte in einem Straßenzug mit weiteren Aufsatzleuchten oder einer einzelnen stehenden Lampe handelt. Danach werde dann entschieden, ob in diesem Bereich weitere Aufsatzleuchten auf LED umgerüstet werden. Wir haben den Straßenbeleuchtungsbestand digital aufgenommen und vergleichen ihn derzeit mit dem tatsächlichen Bestand. Nach dem jetzigen Kenntnisstand besteht der Leuchtbestand aus 252 Aufsatzleuchten und 47 Peitschenleuchten. Einige Angebote seien bereits eingeholt. Die Umrüstung der Peitschenleuchten solle dann nach und nach erfolgen. Peitschenleuchten seien derzeit mit 236 Watt Leuchtstoffröhren bestückt und somit sei die Energieersparung bei der Umrüstung LED-Technik geringer.

**Zur Frage 2:**

Derzeit sei noch kein Förderantrag gestellt. Das werde auch nicht möglich sein, da erst bei einer Mindestinvestitionssumme von 50.000,-- € ein solcher Antrag gestellt werden könne. Bei der Förderung sei auch zu beachten, dass die gesamten Leuchten ausgetauscht werden müssten und man sich dann bei der Anschaffung der Leuchten auf einen Hersteller und einem Lampentyp festlege.

**Zur Frage 3:**

Hier müsse korrigiert werden, dass lediglich noch 10.000,-- € zur Verfügung seien. Damit könnten ca. 25 Leuchten ohne Inanspruchnahme von Fördermittel auf LED-Technik umgestellt werden, d.h. es könnten ggf. Aufsatzleuchten in kleineren Ortsteilen Zug um Zug ausgetauscht werden.

**Zur Frage 4:**

Momentan seien nur 2 Glockenleuchten in der Alten Bahnhofstraße mit so genannten Retrofit-LED's der Fa. Elektra ausgerüstet. Hier sei die Umrüstung der restlichen Glockenleuchten vorgesehen. Der Einsatz dieser Retrofitlampen sei ein Lampenwechsel, der nicht förderfähig ist. Wir gehen davon aus, dass diese Umrüstung nur für relativ neuwertige Leuchten empfehlenswert sei. Der überwiegende Anteil unserer Aufsatzleuchten seien älteren Baujahrs und überwiegend mit HQL-Lampen ausgestattet. Hier sei auch der Austausch der kompletten Leuchte sinnvoll.

**Zur Frage 5:**

Die EU-Richtlinie für Ökodesign gelte für die Hersteller von diesen Lampen. Unserer Information nach betreffe dies die HQL-Lampen, welche ab 2015 nicht mehr in den Verkehr gebracht werden dürfen.

**12.2. Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.03.2013 zum Stand der Erstellung eines gemeindlichen Wärmekatasters**

Drucksache: 60/13/2012/11-16

Herr Hintermeier (SPD) stellte die schriftliche Anfrage seiner Fraktion vor:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2011 zur Erstellung eines gemeindlichen Wärmekatasters wurde am 24.01.2012 aufgrund eines, noch von den Stadtwerken Marburg zu erstellenden Arbeitspapiers für die kommunalen Gebäude zurückgestellt. Aus diesem Anlass bitte seine Fraktion um Auskunft über den derzeitigen Sachstand, insbesondere hinsichtlich folgender Fragestellungen:

1. Wann wurde das Arbeitspapier von den Stadtwerken Marburg erstellt?
2. Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich aus dem Arbeitspapier?
3. Falls das Arbeitspapier nicht erstellt wurde, welche Begründung liegt von Seiten der Stadtwerke Marburg vor?

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass er diese Anfrage schriftlich beantworten wolle.

**Beratungsergebnis:** ohne Beschlüsse

**Mündliche Anfragen:**

1. Herr Hintermeier (SPD) stellte folgende mündliche Anfrage:

Aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion vom 07.09.2012 zur Erstellung eines Flächennutzungsplanes für die im Entwurf des Teilregionalplans Energie vorgeschlagenen Windkraftflächen hat die Gemeindevertretung am 15.11.2012 beschlossen, die Gemeindeverwaltung zu beauftragen, umgehend einen Flächennutzungsplan zu erstellen. Dezentrale Energieerzeugung, z.B. aus Windkraft, biete die große Chance, den ländlichen Raum und seine Bevölkerung an der Bewirtschaftung aus der Energiegewinnung zu beteiligen. Dies könne aber nur dann erfolgen, wenn entsprechende Vorgaben im Flächennutzungsplan enthalten seien und gleichzeitig die Nutzung einzelner Parzellen zur Windenergiegewinnung unter Ausschluss benachbarter Flurstücke unterbunden sei. Damit sei die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes zum Schutz und Wohl der Gemeinde zwingend notwendig. Die Aufstellung des Flächennutzungsplanes müsse innerhalb des Beteiligungszeitraumes abgeschlossen sein. Planmäßig solle die Beteiligungsphase im März 2013 beendet sein und der Teilplan Energie im April 2013 endgültig geschlossen werden, um damit Rechtssicherheit bei der Planung festzustellen.

Bis wann werde der Flächennutzungsplan erstellt sein und im Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz vorgestellt werden?

Bürgermeister Eidam antwortete darauf, dass das Thema im Gemeindevorstand behandelt wurde. Leider hätten krankheitsbedingt zwei aufeinanderfolgende Sitzungen ausfallen müssen, die Angelegenheit werde erneut in der nächsten Gemeindevorstandssitzung thematisiert.

2. Herr Rabenau (SPD) erkundigte sich nach dem Sachstand der Angelegenheit „Breitbandinitiative des Landkreises Marburg-Biedenkopf“. Die

Gemeindevertretung habe sich für die Initiative stark gemacht und eine Einlage beschlossen. Bedauerlich fände er, wenn die Angelegenheit ins Stagnieren gerate.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass sich aktuell neue Anbieter vorgestellt hätten. Der Landrat stehe hier in Verhandlungen und betreibe die Angelegenheit federführend. Die Interessen der Kommunen werden von benannten Bürgermeistern vertreten. Bei Bedarf kann der aktuelle Status vom Bürgermeister beim Landrat erfragt werden.

3. Herr Kisslinger (CDU) führte aus, dass es in der jüngeren Vergangenheit in der Gemeinde einige Wohnungseinbrüche gegeben habe. Er frage an, ob nicht von Seiten des Gemeindevorstandes eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema angeboten werden könne.

Bürgermeister Eidam führte aus, dass im Herbst vergangenen Jahres im Bürgerhaus Niederweimar eine Informationsveranstaltung zu dem Thema „Einbruchsicherung“ stattgefunden habe. Bei der Veranstaltung habe ein Vertreter der Polizei Informationen gegeben. Leider sei diese Veranstaltung nur von wenigen Interessierten besucht worden.

Seit kurzer Zeit gebe es, zusammen mit den Gemeinden Lohra und Fronhausen, den „Schutzmann vor Ort“. Im Mitteilungsblatt und der Presse sei darüber berichtet worden. Der Polizeibeamte sei einmal wöchentlich Mittwoch nachmittags in der Gemeindeverwaltung und stehe den Bürgern zu Fragen zur Verfügung.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) ergänzte hierzu, dass dies ein Thema für die Kriminalpolizei sei. Unter Umständen könne man darüber nachdenken, einen Präventionsrat einzurichten, wenn ein entsprechender Wunsch bestehe.

4. 1. Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass es nach ihrer Information bereits zwei Sitzungen zu dem Thema „Gewaltprävention gegen Kinder“ gegeben habe. Ihr Vorschlag sei, darüber in der Öffentlichkeit zu berichten. Ansprechpartner sollte aber auch der Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport sein, so Frau Schneider. Bürgermeister Eidam bestätigte, dass es zwei Veranstaltungen gegeben habe. An der 2. habe er aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen können. Die Angelegenheit sei nun zuständigkeitshalber dem gemeindlichen Jugendpfleger, Herrn Ott, übertragen worden. Herr Ott könne in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport berichten.

2. Frau Schneider wollte weiter wissen, inwieweit in der Gemeinde noch die Kinder- und Jugendbeteiligung existiere. Ihr Ansinnen wäre, darauf zu achten, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung wieder belebt werde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, schlug vor, dass der Jugendpfleger zu diesem Thema ebenfalls in der nächsten Sitzung des entsprechenden Ausschusses berichten könne.

Herr Bug (I. Beigeordneter), erklärte, dass es den Jugendlichen aufgrund von G8 kaum möglich sei, sich ehrenamtlich zu engagieren. Auf Kreisebene werde das Kinder- und Jugendparlament derzeit neu gewählt. Es gebe 2 Kandidaten aus der Gemeinde Weimar (Lahn), die bisher bereits vertreten waren, evtl. habe ein 3. Bewerber aus der Gemeinde eine Chance. Das Interesse insgesamt sei sehr dürftig, aus vielen Kommunen gebe es

überhaupt keine Bewerber. Er gehe davon aus, dass sich die Situation bezüglich des Interesses und ehrenamtlichen Engagements gegenüber den vergangenen Jahren nicht verbessert habe.

### 13. Verschiedenes

- a) Herr Rabenau (SPD) nahm Bezug auf den Bericht des Betriebswirtes in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses zu dem Thema und dem Sachstand der doppischen Haushaltsführung. Bei diesen Ausführungen sei deutlich geworden, so Herr Rabenau, welche Arbeit hinter dieser Umstellung und der Fortführung dieser Arbeiten stecke. Seine Fraktion sehe die dringende Notwendigkeit, auf diesem Gebiet „up to date“ zu sein. Seine Fraktion stehe dafür ein, entsprechend benötigtes Personal mit bereitzustellen.

Bürgermeister Eidam führte aus, dass es sich um einen sehr informativen Vortrag gehandelt habe. Es sei bereits viel Arbeit in diese Umstellung eingeflossen, dies werde sich in Zukunft nicht ändern. Das nächste Etappenziel sei die Prüfung der bereits erstellten Eröffnungsbilanz. Die Verwaltung wird zum Status Bericht erstatten.

Dr. Dittrich (CDU) ergänzte, dass in der Sitzung deutlich wurde, dass nicht die Erstellung der Eröffnungsbilanz so viel Zeit in Anspruch nehme, sondern jeweils die Erstellung der Jahrensabschlüsse, die chronologisch abzuarbeiten seien, da sie aufeinander aufbauen. Dies erfordere selbstverständlich einen entsprechenden Zeitaufwand und sei allein mit zusätzlichem Personal nicht zu erledigen.

- b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, wies auf die folgenden Sitzungstermine hin:

Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie u. Sport:	13.05.2013
Ausschuss für Bau, Planung, Energie um Umweltschutz:	14.05.2013
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss:	15.05.2013
Sitzung der Gemeindevertretung:	23.05.2013

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr.

Der Vorsitzende:

Im Original unterschrieben

Kurth Barth

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben

Rita Rohrbach